

# Forderungen nach Entlastungen für Senioren werden immer lauter

**Geldsorgen** Am Sonntag findet die Abstimmung zur Abschaffung der Franchise für Senioren statt. Sie kann eine Entlastung für ältere Menschen darstellen, doch es gibt weitere Stellschrauben, die einer Altersarmut entgegenwirken können.

VON SILVIA BÖHLER

Senioren, die heutzutage in Rente gehen, wollen nicht nur auf der Gartenbank vor dem Haus sitzen, sondern nach der Berufs- und Familienphase noch einmal einen neuen Lebensabschnitt beginnen. «Die Menschen haben wieder mehr Zeit zur Verfügung und die Freizeitgestaltung hat einen hohen Stellenwert», sagt Jakob Gstöhl vom Liechtensteiner Seniorenbund. Der Verein bietet verschiedene Angebote und unterstützt bei der Suche nach einer Freizeitbeschäftigung oder einer Freiwilligenarbeit.

Gefragt ist aber auch die vom Seniorenbund gemäss Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Soziale Dienste (ASD) eingerichtete Informations- und Beratungsstelle Alter (IBA). Die Fachstelle verzeichnete in den vergangenen Jahren stets vermehrte Anfragen - sei es, weil immer mehr betagte Menschen im Land leben, oder weil mit zunehmendem Alter auch Themen wie Betreuung und Pflege oder ein knappes Rentenbudget in den Mittelpunkt rücken. «Nur wenige passen ihre Lebensumstände frühzeitig an das kleinere Einkommen oder eine mögliche Pflegebedürftigkeit im Alter an», sagt Jakob Gstöhl. Nicht selten würden deshalb auch hierzulande Senioren in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

## Versteckte Altersarmut

Pro Jahr wenden sich zwischen 90 und 120 Personen an den IBA-Leiter. Neben Anfragen betreffend Vorsorgeleistungen (Erstellen einer Vorsorgevollmacht, einer Patientenverfügung, oder eines Testaments) wenden sich Senioren oder deren Angehörige vor allem dann an die Beratungsstelle, wenn akuter Handlungsbedarf gegeben ist.

Manchmal benötigen die Menschen nach einem Sturz eine hauswirtschaftliche Hilfe oder temporär die Spitex, manchmal wird aber auch der Umzug in eine neue Wohnung notwendig, weil das Treppensteigen nicht mehr möglich ist, erzählt Gstöhl von einigen Fällen. Sowohl Betreuungskosten als auch Wohnkosten würden jedoch für immer mehr ältere Menschen eine Belastung darstellen. «Konnte der Lebensunterhalt bis anhin vielleicht mit einem sparsamen Leben noch bewältigt werden, kann sich beim Bedarf einer Betreuung oder einer neuen Wohnung schnell ein finanzieller Engpass einstellen», so Gstöhl.



Jakob Gstöhl, Leiter der Informations- und Beratungsstelle Alter (IBA), kennt die Sorgen und Nöte der Senioren. Er spricht sich für Verbesserungen im Bereich der Wohnkosten sowie für eine generelle Rentenerhöhung aus. (Foto: Michael Zanghellini)

Bekanntlich wurden die Renten in den vergangenen zehn Jahren aufgrund der Sparmassnahmen des Staates nicht erhöht. Gestiegen sind hingegen die Lebenshaltungskosten und auch ein Wohnungswechsel ist häufig mit einer höheren Miete verbunden.

Gemäss Jakob Gstöhl ist nicht nur das Angebot an barrierefreien und altersgerechten Wohnungen bei weitem nicht ausreichend, sondern auch deren Preis sei für viele Senioren nicht leistbar. Selbst die Ergänzungsleistungen, die Pensionierten einen Mindestlebensstandard gewährleisten sollten, würden manchmal nicht ausreichen, um die Mietkosten zu decken. «Für Ergänzungsleistungen wird eine Bruttomiete zwischen 1080 und 1200 Franken als Ausgaben anerkannt. Damit ist heutzutage meist keine 3,5-Zimmer-Wohnung möglich», sagt Jakob Gstöhl. Liegen die Kosten darüber, muss die Person die Differenz selbst stemmen.

Wie häufig ältere Menschen von Armut betroffen oder armutsgefährdet sind, lasse sich seitens des Seniorenbundes jedoch nicht verifizieren. Hier hofft Gstöhl auf den neuen Armutsbericht, der im kommenden Jahr erscheinen soll. Ein erstes Stimmungsbild lieferte jedoch die Masterarbeit von Lisa Hermann. Die Sozialarbeiterin hat Interviews mit Fachpersonen geführt und liechten-

steinische Senioren zu ihrer Lebenssituation befragt. Die Ergebnisse lassen durchaus auf eine versteckte Armutsgefährdung schliessen. 95 Personen gaben demnach an, dass sie Strategien entwickeln, um ihrer finanziellen Situation Herr zu werden. An erster Stelle stehe die Genügsamkeit, gefolgt vom Verzicht. 40 Personen gaben an, dass sie sich keine Ferien leisten, manche verzichten auf den Kinobesuch, andere auf den Vereinsausflug. 21 Personen würden aufgrund ihrer finanziellen Situation den Frisörbesuch streichen.

«Mit der AHV-Pension allein kann nur ein äusserst beengtes Leben geführt werden», unterstreicht auch Marcus Büchel, ehemaliger Leiter des Amtes für Soziale Dienste, in seinem Gastkommentar der «Volksblatt»-Ausgabe vom 24. Juni. Die maximale AHV-Rente betrage 2320 Franken und die Wirtschaftliche Sozialhilfe, die per Definition das Existenzminimum abzudecken habe, 2434 Franken. Ein älterer Mensch mit einer sogenannten Vollrente müsse heute also mit weniger auskommen als ein Bezieher von Wirtschaftlicher Sozialhilfe. Marcus Büchel plädiert für die Franchisebefreiung für Senioren, die ein erster Schritt in die richtige Richtung sei, um «dem schleichenden Prozess der Verschlechterung des Lebensstandards der älteren Menschen sowie

der Verbreitung von Einkommensschwäche entgegenzuwirken.»

## Welche Massnahmen entlasten?

Jakob Gstöhl will sich zu aktuellen Franchise-Abstimmung am Sonntag nicht äussern. Nur so viel: Die Abschaffung der Franchise für Senioren löse deren Probleme wahrscheinlich nur bedingt. Gstöhl ist der Ansicht, dass es weitaus effektivere Stellschrauben geben würde, die zur Entlastung der Senioren beitragen könnten. Der IBA-Leiter spricht sich zum einen für Verbesserungen im Bereich der Wohnkosten aus - «es muss mehr barrierefreie und altersgerechte Wohnungen geben, die auch mit Ergänzungsleistungen finanzierbar sind» -, zum anderen würde er eine generelle Rentenerhöhung gutheissen, damit die Senioren wieder mehr Geld für die Lebenskosten zur Verfügung haben. Grosse Hoffnungen setzt Jakob Gstöhl auch in die Ausarbeitung der Altersstrategie, die wichtige Stossrichtungen definieren sollte. Themenbereiche dürften dabei aber nicht nur die Absicherung der AHV-Renten oder die Beseitigung des Fachkräftemangels im Pflegebereich sein, sondern es sollten laut Gstöhl auch das Wohnen im Alter, die Teilhabe der Senioren im Bereich der Digitalisierung, oder präventive Strategien gegen die Vereinsamung älterer Menschen berücksichtigt werden.